

essen des Monopolkapitals dient. Die Diäten, Pensionszahlungen und andere Zuwendungen haben das Mandat des Bundestagsabgeordneten zu einer lukrativen Sache gemacht. Ein einfacher Bundestagsabgeordneter erhält ein monatliches Entgelt von 7500 Mark. Für Aufwendungen wie Reisekosten und ähnliches wird ihm monatlich außerdem eine Kostenpauschale von 4500 Mark gezahlt. Bereits nach sechsjähriger Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter steht ihm eine Pension in Höhe von 25 Prozent seines monatlichen Entgeltes zu. Mit jedem Jahr seiner Zugehörigkeit zum Bundestag wächst diese Summe um fünf Prozent. Für Funktionen im Bundestag werden außerdem noch Zuschläge gezahlt. Beim Präsidenten des Bundestages be-

läuft sich dieser Zuschlag auf 7500 Mark. Mit dieser materiellen Korruption will das Monopolkapital die Abgeordneten fest an das System binden.

Ein strenges Regime innerhalb der Fraktionen sorgt außerdem dafür, daß abweichende Meinungen verhindert werden. Die Parteispitze und die Fraktionsvorstände bestimmen, wie die Abgeordneten in Grundsatzfragen zu entscheiden haben. Durch Fraktionszwang, Ausübung von Druck auf Abgeordnete, die ihre abweichende Meinung vertreten, Einleitung von Parteiordnungsverfahren bis zur Nichtwiederaufstellung als Kandidat bei Bundestagswahlen reichen die selbst der bürgerlichen Demokratie hohnsprechenden Methoden, mit denen das Monopolkapital seine Interessen und seinen Machteinfluß sichert.

rungen in ihr Herrschaftssystem einzubauen, indem sie die Befugnisse des Parlaments einschränkt und der Regierung größere Vollmachten einräumt. Diese Tendenz ist für alle imperialistischen Länder typisch. Wichtige Entscheidungen werden von den Regierungsstellen gefällt, die Ausarbeitung der Gesetze erfolgt weitgehend ohne Mitwirkung des Parlaments, das nur noch dem fertigen Gesetz zustimmen darf.

Um so stärkeren Einfluß nehmen die Monopole auf die Ausarbeitung der Gesetze. Über Beraterausschüsse, Fachkommissionen und ähnliche Einrichtungen bei den Ministerien und ihren untergeordneten Dienststellen bestimmen die Vertreter der Monopole unter dem Vorwand der „Fachberatung“ über den Inhalt der Gesetze bzw. wie Entscheidungen zu treffen sind.

Besonders gefragt sind von den Monopolen Kontakte zum Verteidigungsministerium und zur Bundeswehr.

Rüstungsaufträge mit ihren hohen Profitmöglichkeiten gehören zu den lukrativsten Aufträgen, die vom Staat an die Industrie vergeben werden. Über Kontakte zur Bundeswehr ist es nicht nur möglich, die Vergabe solcher Aufträge zu beeinflussen, sondern insgesamt auch die Rüstungs- und Militärpolitik weitgehend mitzubestimmen. Von der Wirksamkeit dieser Verbindungen zeugt die Tatsache, daß von 1967 bis 1979 mehr als 600 Offiziere nach ihrem Ausscheiden aus dem Wehrdienst in die Wirtschaft, vor allem in die Rüstungsindustrie, überwechselten.

Der Einfluß der Monopole der BRD auf den Bundestag und andere staatliche Institutionen, die Verschmelzung der Macht der Monopole mit der Macht des Staates sichert den Vorrang ihrer Interessen in der Regierungspolitik der BRD. Deutlich widerspiegelt sich das

Profit- und Machtsicherung ist erstes Gebot

Darüber hinaus üben die großen Monopole starken Einfluß auf ihre direkt in den Bundestag delegierten Vertreter aus. Der Siemens-Konzern, der in der Rangfolge der größten Monopole in der BRD den fünften Platz einnimmt, der führend in der Rüstungsproduktion der BRD ist und sich auch bei der Aufrüstung des rassistischen Staates Südafrika hervortut, hat allein drei Vertreter im Bundestag sitzen. Es sind die Mitglieder der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Haimo George, Heinrich Franke und Helmut Link. Sie sind Mitglieder des Finanzausschusses, der Ausschüsse für Arbeit und Sozialordnung, für Bildung und Wissenschaft sowie für Raumordnung und Städtebau. Über diese Tätigkeit und die damit verbundenen Kontakte zu den Regierungsstellen nehmen sie die Interessen ihres Konzerns und des Monopolkapitals insgesamt wahr.

Über seine Vertreter im Bundestag, in Beratergremien und durch andere Kontakte zu staatlichen Organen sicherte sich der Elektrokonzern Siemens in der vergangenen Legislaturperiode 141 subventionierte Vorhaben. Bei erfolgreichem Abschluß dieser Forschungsvorhaben kann der Konzern über die Nutzung dieser neuesten Erkenntnisse von Wissenschaft und Technik nach eigenem Belieben verfahren und horrende Superprofite einstreichen. Die Subventionen in Höhe von 411 Millionen DM braucht er nicht zurückzuzahlen.

Diese wenigen Beispiele zeigen, in welchem Maße das Monopolkapital den Bundestag als Institution des Staats zur Aufrechterhaltung seiner Macht nutzt. Aber damit nicht genug. Angesichts der sich verschärfenden ökonomischen, sozialen und politischen Widersprüche versucht die Monopolbourgeoisie der BRD, zusätzliche Siche-